

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 4. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. Oktober 2012, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung der Ergebnisse der Ländervergleichsstudie des IQB im Primarbereich durch Prof. Dr. Olaf Köller (IPN)	5
2. Bericht der Sozialministerin über den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren	7
3. a) Rechtssicherheit für Künstler und Veranstalter herstellen	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/87	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/130 - selbstständig -	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/224 - selbstständig -	
b) GEMA-Reform muss einen Interessenausgleich zwischen Künstlern und Gewerbetreibenden finden	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/189 - selbstständig -	
Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/231 - selbstständig -	
4. Pläne zur Weiterentwicklung der Universität Flensburg zur Europa-Universität und Umbau des Campus zum Europa-Campus	9
Antrag der FDP-Fraktion Umdruck 18/227	

-
- 5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (SchulG) vom 24. Januar 2007** 10
- Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und PIRATEN
[Drucksache 18/75](#) (neu)
- 6. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes vom 24. Januar 2007** 12
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/159](#)
- b) Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes
Finanzierung sichern - Kommunen besserstellen - Verwaltung einsparen**
- Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/164](#)
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes** 13
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/200](#)
- 8. Terminplanung 2013** 14
- 9. Petition zum Berufsschulwesen** 15
- 10. Verschiedenes** 16

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung der Ergebnisse der Ländervergleichsstudie des IQB im Primarbereich durch Prof. Dr. Olaf Köller (IPN)

Herr Dr. Köller, geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik an der Universität Kiel, stellt die Ergebnisse der Ländervergleichsstudie des IQB im Primarbereich vor (siehe Anlage).

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet er, während Kinder mit besonderem Förderbedarf grundsätzlich in den Ländervergleichsstudien berücksichtigt seien, müssten sie beim Landesergebnis noch dazugerechnet werden, sodass insgesamt 40 % der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler unter die Kompetenzstufen I und II fielen. Die unterschiedlichen Länderergebnisse seien maßgeblich auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung (zum Beispiel in den Stadtstaaten) zurückzuführen. Das SINUS-Programm trage Früchte, bringe Effekte von circa 20 %, sprich ein Drittel Schuljahr, und sollte ausgebaut werden. Angesichts des Reformtempo sei ein breites Angebot der Lehrerfortbildung erforderlich. Das Fachwissen der Lehrkräfte sei die Voraussetzung für fachdidaktisches Wissen; Lehrkräfte müssten in erster Linie in ihrer Domäne fit sein, um erfolgreich zu unterrichten; das könne die Vermittlung von allgemeiner Pädagogik und Didaktik nicht erreichen.

Zwischen dem Geschlecht der Lehrkräfte und den Leistungen der Schülerinnen und Schüler gebe es keinen evidenten Zusammenhang. Unterschiedliche Leistungen von Mädchen und Jungen in Mathe und Lesen seien eher durch rollenkonformes Verhalten zu erklären. Zudem hänge die Leseleistung von Jungen stark von Art und Inhalt des Textes ab (zum Beispiel Internettext). Dagegen könne eine Anpassung des Unterrichtsmaterials in den Naturwissenschaften zwar das Interesse, aber nicht die Leistung der Mädchen wesentlich steigern. Ebenso wenig wie geschlechtshomogener Unterricht seien jahrgangsübergreifender Unterricht oder Binnendifferenzierung prädikativ für Leistung. Nicht die Struktur oder Form, sondern die Qualität des Unterrichts schlage durch. Unterschiedliche Schulleistungen und Schullaufbahnen seien mit sozialer Herkunft gekoppelt. Das Zwei-Säulen-Modell, mit dem Schleswig-Holstein voll im Bundestrend liege, sei geeignet, um mit sozialen Disparitäten umzugehen. Es sei zu begrüßen, dass das Bildungssystem so flexibel geworden sei, dass den Lernenden alle

Wege offenstünden. Um soziale Ungleichheit weiter zu reduzieren, müsse man im Grundschulbereich und vor allem im Vorschulbereich ansetzen.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Informationen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Sozialministerin über den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren

hierzu: [Umdruck 18/83](#)

Ministerin Alheit berichtet, die Bundesmittel 2012 seien zu 100 % bewilligt und zu 72,7 % abgerufen, die Landesmittel zu 76 % bewilligt und zu 9 % abgerufen. Die Betreuungsquote habe in Schleswig-Holstein zum 1. März 2012 24,2 % betragen und dürfte sich zu Beginn des Kindergartenjahres deutlich gesteigert haben. Aus dem Landesprogramm stünden noch 10,3 Millionen € für die Kommunen zur Verfügung. Außerdem sehe der Fiskalpakt für Schleswig-Holstein Bundesmittel in Höhe von 19,5 Millionen € für den Bau von Kindertageseinrichtungen vor. In den Verhandlungen mit den Kommunen über die Frage der Betriebskostenförderung habe man sich zwar annähern, aber leider noch keinen Durchbruch erzielen können.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Rechtssicherheit für Künstler und Veranstalter herstellen

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/87](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/130](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/224](#) - selbstständig -

**b) GEMA-Reform muss einen Interessenausgleich zwischen Künstlern
und Gewerbetreibenden finden**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/189](#) - selbstständig -

**Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie eh-
renamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/231](#) - selbstständig -

(überwiesen am 28. September 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Einstimmig schließt sich der Bildungsausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, dem Landtag zu empfehlen, den interfraktionellen Antrag **Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**, [Drucksache 18/231](#), anzunehmen, die Anträge **Rechtssi-
cherheit für Künstler und Veranstalter herstellen**, [Drucksachen 18/87](#) und 18/130, sowie
den Antrag **GEMA-Reform muss einen Interessenausgleich zwischen Künstlern und Ge-
werbetreibenden finden**, [Drucksache 18/189](#), für erledigt zu erklären und zum Antrag der
PIRATEN, [Drucksache 18/224](#), schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Pläne zur Weiterentwicklung der Universität Flensburg zur Europa-Universität und Umbau des Campus zum Europa-Campus

Antrag der FDP-Fraktion

[Umdruck 18/227](#)

Auf Fragen von Abg. Vogt antwortet Wissenschaftsstaatssekretär Fischer, der Wunsch der Universität und Region Flensburg, sich zu einer Art Europa-Hochschule zu entwickeln, sei nicht neu. Das Wissenschaftsministerium begleite und befördere den Prozess und wolle ein bisschen mehr Tempo hineinbringen und noch in diesem Jahr die ersten Gespräche in Flensburg mit der Universität und der Fachhochschule führen. Das Ministerium unterstütze die Pläne der Universität Flensburg, bereits zum Wintersemester 2013 so etwas wie eine Dachmarke, eine Kooperationsplattform zu etablieren. Voraussetzung sei, dass nicht nur die schleswig-holsteinischen Hochschulen, sondern auch die dänische Seite ein Konzept entwickelten und eine Übereinkunft schlössen. Dabei gehe es um die grenzüberschreitende Kooperation, nicht um eine Fusion.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (SchulG) vom 24. Januar 2007

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und PIRATEN

[Drucksache 18/75](#) (neu)

(überwiesen am 22. August 2012)

Stellungnahmen: [Umdrucke 18/261](#), [18/262](#), [18/272](#), [18/279](#)

Abg. Klahn und Habersaat sehen sich durch die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände in ihrer Absicht bestätigt, die Entscheidung über die Elternbeteiligung in Zukunft wieder an die Kreise zu geben.

Demgegenüber lehnt Abg. Franzen die Gesetzesänderung ab, weil sie - wenn das Land den Kreisen keine entsprechende Ausgleichsleistung gewähre - zu ungleichen Verhältnissen im Lande führen werde. Denn finanzschwache Kreise hätten gar keine echte Option, sondern seien gezwungen oder würden von der Kommunalaufsicht aufgefordert, Elternbeiträge zu erheben. Das Votum des Landkreistags, „wenn das Land künftig diese Ausgleichsleistung nicht mehr erbringen will, erwartet der SHLKT, dass das Land eine gesetzgeberische Leitentscheidung zu einer zwingenden Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten im Schulgesetz trifft“, könne man nicht als Zustimmung werten.

Bildungsstaatssekretär Loßack bestätigt, dass das Land aufgrund der Haushaltslage keine Ausgleichszahlung vornehmen werde und finanzschwache Kreise möglicherweise weiter Elternbeiträge erhöhen. Entscheidend sei allerdings, dass die Kreise diese Frage in eigener Verantwortung entschieden.

Abg. Günther hält die gegenwärtige gesetzliche Regelung für richtig, die Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung zu beteiligen. Der Gesetzentwurf gaukele nur eine Lösung vor, denn tatsächlich müssten viele Eltern in wirtschaftlich schwächeren Kreisen weiter einen Eigenanteil zahlen.

Abg. Strehlau und Krumbeck machen darauf aufmerksam, dass die Forderung aus der kommunalen Familie komme und durch die Aufhebung des Zwangs die Schülerbeförderung für

die Eltern wenigstens in einigen Kreisen kostenlos sei. Fernziel bleibe eine für alle Eltern kostenlose Schülerbeförderung.

Abg. Klahn unterstreicht noch einmal die Intention der Gesetzesänderung, die Entscheidung der Kommunalpolitik zu überlassen, die auch darüber befinden könne, inwieweit die Fahrkarten auch außerhalb des Schülerverkehrs genutzt werden könnten.

Abg. Habersaat weist darauf hin, dass man mit der Gesetzesänderung den Zustand wieder herstelle, der in Schleswig-Holstein jahrzehntelang gegolten habe. Die von Abg. Klahn angesprochene Forderung des Kreises Nordfriesland, die Gesetzesänderung rückwirkend zum Schuljahr 2012/13 in Kraft treten zu lassen, solle nicht aufgenommen werden, weil sie nach Aussage anderer Kreise eher zu Mehraufwand führe.

Abg. Rickers befürchtet vor dem Hintergrund des demografischen Wandels durch die Änderung des Schulgesetzes, die zu ungleichen Verhältnissen und Verzerrungen führe, „eine zunehmende Landflucht“.

Abg. Günther macht darauf aufmerksam, dass eine Schülerfahrkarte in Eckernförde 30 € im Monat koste und im Kreis Rendsburg-Eckernförde 90 € im Jahr und es außerdem Sozialstaffelregelungen gebe.

Abg. Vogel und Krumbeck weisen darauf hin, dass die Eltern auch für Klassenfahrten, Unterrichtsmaterialien, Theaterbesuche und anderes zahlen müssten.

Gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen der übrigen Fraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/75](#) (neu) unverändert anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes vom 24. Januar 2007

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/159](#)

**b) Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes
Finanzierung sichern - Kommunen besserstellen - Verwaltung einsparen**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/164](#)

(überwiesen am 28. September 2012 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

Der Ausschuss beschließt, bis Ende November schriftliche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf einzuholen und beide Vorlagen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beraten. Anzuhörende sollen gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis zum 1. November 2012 benannt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/200](#)

(überwiesen am 28. September 2012)

Der Ausschuss beschließt, bis Ende November schriftliche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf einzuholen. Anzuhörende sollen gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis zum 1. November 2012 benannt werden.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Terminplanung 2013

[Umdruck 18/290](#)

Der Bildungsausschuss legt die Sitzungstermine 2013 fest. Am 18. April 2013 wird der Ausschuss auswärts tagen. Abg. Klahn regt an, einmal das Förderzentrum Kührener Berg in Preetz zu besuchen. Die Vorsitzende kündigt an, das Thema Inklusion zu vertiefen und in diesem Zusammenhang den Vorschlag von Abg. Klahn zu berücksichtigen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Petition zum Berufsschulwesen

interner [Umdruck 18/134](#)

Abg. Raudies und Waldinger-Thiering setzen sich dafür ein, Fachhochschulabsolventen mit Berufserfahrung als Lehrkräfte an Beruflichen Schulen zuzulassen, um den Lehrkräftenachwuchs zu sichern. Sie bitten das Bildungsministerium, dem Ausschuss in dieser Frage einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten.

Abg. Franzen unterstützt diese Forderung und möchte darüber hinaus wissen, inwieweit das Seiteneinsteigerprogramm wahrgenommen werde.

Staatssekretär Loßack sagt zu, vor dem Hintergrund des Lehrermangels gerade an Beruflichen Schulen den Zugang zum Schuldienst auch für Fachhochschulabsolventen zu ermöglichen.

Herr Engel, Referatsleiter in der Abteilung Berufliche Bildung, teilt mit, hinsichtlich des Seiteneinstiegs, den man neu gestaltet habe, habe man keine negativen Rückmeldungen erhalten; aussagekräftige Zahlen könne man erst nennen, wenn ein weiterer Jahrgang eingestellt worden sei. Um insbesondere dem Mangel in den Ingenieurwissenschaften zu begegnen, arbeite man in Anlehnung an das baden-württembergische Modell daran, Fachhochschulabsolventen einen attraktiven Einstieg in die Lehrerlaufbahn zu ermöglichen.

Ausschuss und Ministerium vereinbaren, dass das Ministerium dem Ausschuss sein Konzept im Mai 2013 vorlegt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Bildungsausschuss nimmt die **Beschlüsse des Altenparlaments**, [Umdruck 18/170](#), zur Kenntnis.
- b) Die Vorsitzende erinnert an das Gespräch von Mitgliedern des Bildungsausschusses mit der „**Gemischten moldauisch-transnistrischen Expertengruppe Bildung**“ am 31. Oktober 2012.
- c) Auf Wunsch von Abg. Habersaat wird der interne [Umdruck 18/225](#) der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung, Einsparpotenzial von **Lehrerstellen**, an die Mitglieder des Bildungsausschusses verteilt.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer